

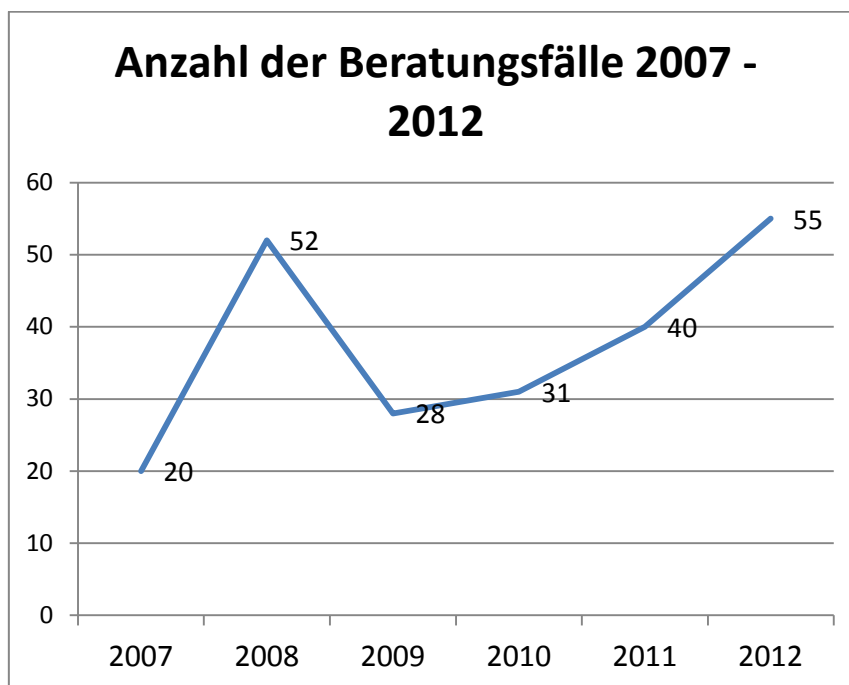


Die Beratungsarbeit des beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus: Eine Übersichtsauswertung für 2012

Seit der Gründung des beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus im Jahr 2007 wurden bislang 226 Beratungsprozesse durchgeführt. Ausgang all dieser Beratungen ist, dass sich Menschen oder Institutionen an das Netzwerk wenden, die mit Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus konfrontiert sind und um Unterstützung oder Hilfe in dieser Situation bitten. Sie alle wurden oder werden durch die Berater/-innen des Netzwerks in ihrem Anliegen unterstützend beraten und begleitet. Die anonymisierte Dokumentation der Beratungsprozesse ermöglicht, eine Zusammenschau der Vorkommnisse und Bedarfe in der Beratung gegen Rechtsextremismus in Hessen.

Im Jahr 2012 haben sich insgesamt 55 Personen/Institutionen an das Netzwerk gewendet. Damit hat das Netzwerk seit 2009 einen kontinuierlichen Anstieg an Beratungsprozessen verzeichnen können und in 2012 den vorläufig höchsten Stand erreicht.

Abb. 1: Entwicklung Fallzahlen des beratungNetzwerks hessen seit 2007



Seit Gründung des Netzwerks ist ein kontinuierlicher Anstieg der Beratungszahlen zu verzeichnen. Sie sind Ausdruck der wachsenden Bekanntheit des Netzwerks in der hessischen Bevölkerung und somit ein Zeichen dafür, dass wir mit unserem Angebot und der Öffentlichkeitsarbeit auf dem richtigen Weg sind. Der aussergewöhnlich hohe Beratungsbedarf im Jahr 2008 ist auf zahlreiche Vorfälle in Südhessen zurückzuführen und eröffnet einen Blick auf eine Eigenart der Beratungsarbeit im Kontext



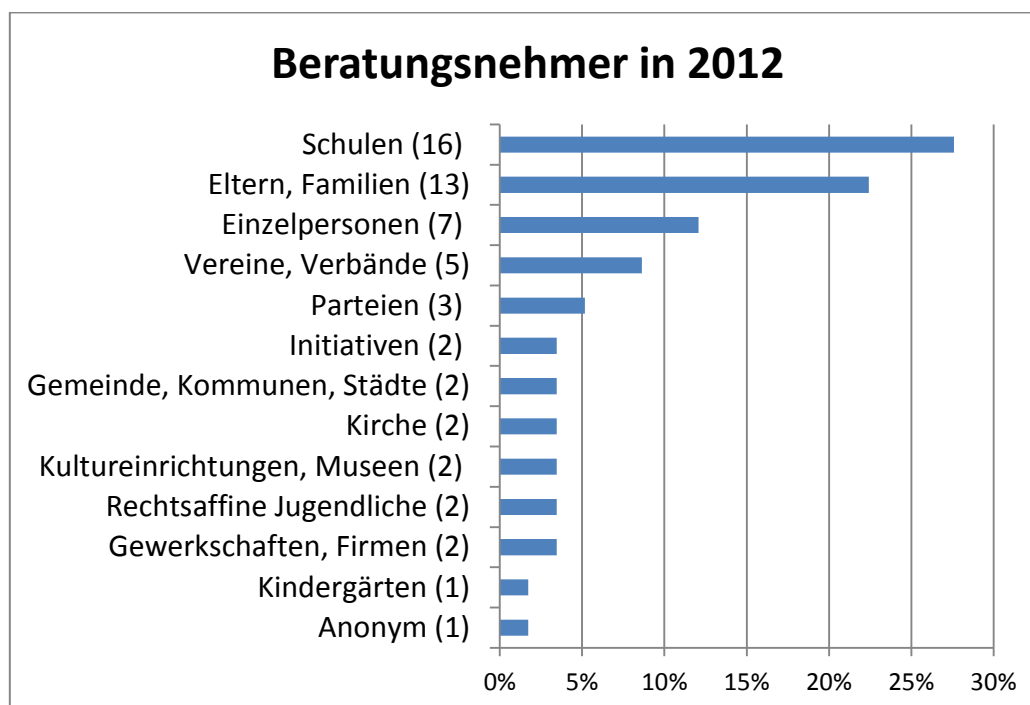
Rechtsextremismus: 2008 traten in Südhessen vermehrt rechtsextremistische Gruppierungen sehr massiv öffentlich auf. Ebenso im Schwalm-Eder-Kreis, was dort mit dem gewalttätigen Überfall auf ein Feriencamp der Solid-Jugend seinen tragischen Höhepunkt fand. In diesen beiden Regionen waren viele Menschen entweder direkt betroffen oder in Folge der Vorfälle und der medialen Öffentlichkeit sensibilisiert. Daher wurde das Netzwerk 2008 deutlich öfter kontaktiert. Ein ähnliches Phänomen können wir seit Ende 2011 mit dem Bekanntwerden der NSU-Morde feststellen. In 2012 zeigt sich das vor allem an den zahlreichen Anfragen aus Kassel, da die Stadt durch die Aufdeckung der Hintergründe des rassistischen Mordes an Halit Yozgat besonders sensibilisiert war. Vermehrte Anfragen aus einem Landkreis können darüber hinaus auch ein Indiz sein, dass in dieser Region die Mobilen Beratungsteams sehr bekannt und etabliert sind und öfter direkt angefragt werden.

Wer wendet sich an das beratungsNetzwerk hessen?

Grundsätzlich steht das Beratungsangebot allen Personen offen. Dennoch lassen sich bezüglich der Organisationen Schwerpunkte erkennen. In 2012 kamen die meisten Anfragen aus dem schulischen Bereich (27,6%). Lehrer/-innen, Schulsozialarbeiter/-innen oder die Schulleitung haben sich an uns gewandt, da sie sich in ihrem Handlungsfeld mit Ereignissen konfrontiert sahen, die einen mutmaßlich rechtsextremistischen oder rassistischen Hintergrund hatten. Nicht nur in 2012 sondern auch insgesamt ist die Schule damit der Ort, an dem die Berater/-innen am häufigsten Unterstützung und Beratung leisteten.

Die folgende Grafik (Abb. 2) gibt einen Überblick über Beratungsnehmer in 2012.¹

[Abb. 2: Beratungsnehmer des beratungsNetzwerks hessen in 2012](#)

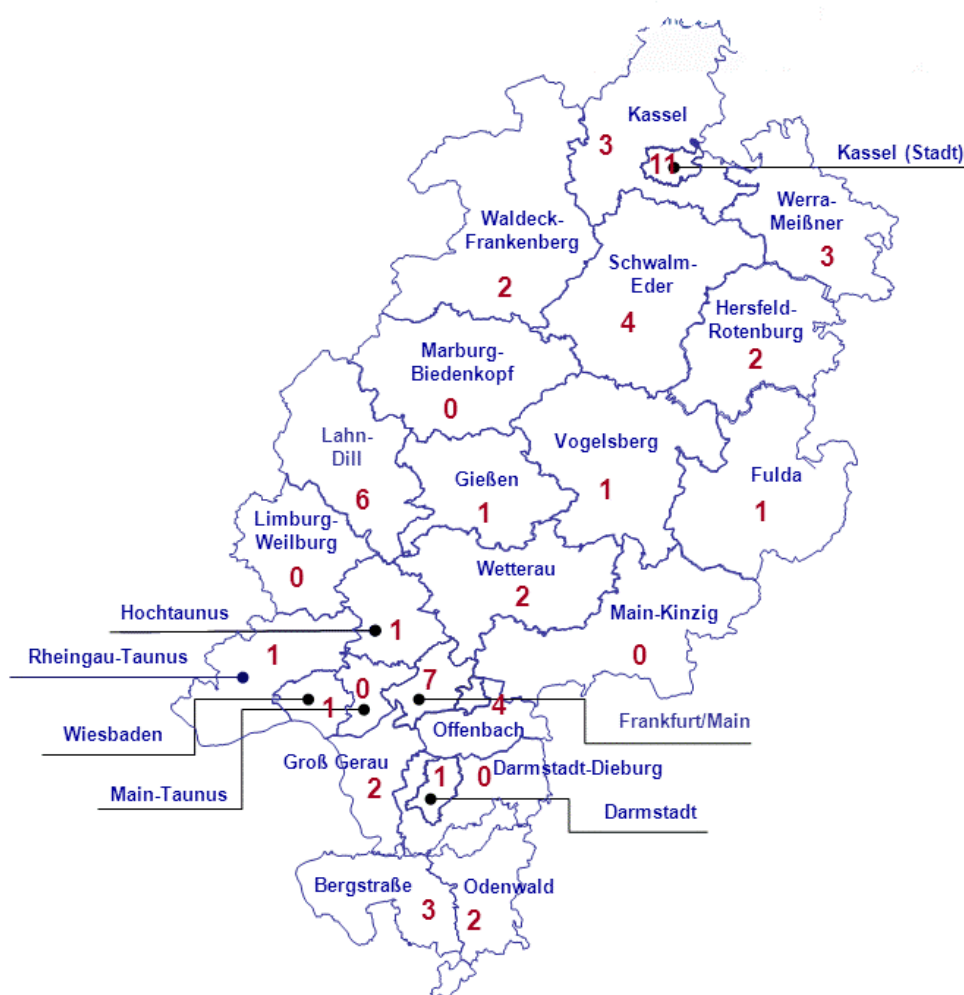


¹ In einigen Beratungsfällen gibt es mehrere Beratungsnehmer/-innen, die im Laufe der Beratung hinzugekommen sind. Hier ein konstruiertes, an einen realen Fall angelehntes Beispiel: Eltern wenden sich an das beratungsNetzwerk hessen, weil ihre Kinder im Handballverein von einem Vater trainiert werden, der sich rassistisch äußert. Neben der Beratung der betroffenen Eltern wird auch der Vereinsvorstand in die Beratung miteinbezogen.



Sehr häufig und eng verbunden mit dem Beratungskontext Schule ist der Personenkreis, der sich 2012 am zweithäufigsten an das Netzwerk gewandt hat: Eltern, die befürchten (oder wissen), dass ihre Kinder rechtsaffin bzw. rechtsextrem sind, d.h. in die rechte Szene abzudriften drohen oder bereits Szenemitglieder sind (22,4%). Die Elternberatung ist ein Angebot, das vor allem durch das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ in den letzten Jahren aufgebaut, ausge-weitert und diversifiziert werden konnte. Da bei der Beratung betroffener Eltern ein zunehmender Bedarf zu verzeichnen ist, haben sich Berater/-innen innerhalb des Netzwerks zu einer Projektgruppe zusammengetan, um spezifische Beratungsangebote zu konzipieren. Die spezifizizierte Angebots-palette wird seit 2012 auf der Homepage und als Flyer veröffentlicht.

Abb. 3: Anzahl der Beratungsfälle pro Landkreis in Hessen 2012



Anfragen kommen aus ganz Hessen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass das Angebot sowohl in ländlichen Regionen als auch in Städten wahrgenommen wird. Diese Statistik kann jedoch nur wiedergeben, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe durch das Netzwerk holen. Sie bildet nicht ab, wo sich Vorfälle ereignen. Eine niedrige Fallzahl in einem Landkreis ist daher kein Indiz, dass diese Region weniger betroffen wäre als eine andere. Positiv gewendet: sie kann auch ein Indikator



dafür sein, dass in dieser Region Menschen sensibilisiert sind und aktiv gegen Rechts und für eine demokratische Kultur eintreten wollen.

Rechtsextremismus äußert sich auf vielfältige Weise. Entsprechend unterscheiden sich auch die **Anlässe**, die zu einer Beratungsanfrage führen. Die Grafik zeigt die verschiedenen Auslöser für die Inanspruchnahme des Beratungsnetzwerks in 2012. Dabei ist zu beachten, dass häufig mehrere Anlässe den Grund für Beratungsanfragen darstellen. Der Anlass beschreibt zunächst nur das Phänomen, das den Ausschlag gab, sich ratsuchend an das beratungsNetzwerk hessen zu wenden, da der oder die Betroffene sich mit der Situation überfordert fühlte.

Abb. 4: Beratungsanlässe in 2012 (Mehrfachnennungen möglich)



Die Wahrnehmung des organisierten Rechtsextremismus ist mit 32,1% häufigster Grund für die Beratungssuche. Spitzenreiter sind dabei Kameradschaften und Freie Kräfte (9 Mal), aber auch die NPD und ihre Jugendorganisation JN (7 Mal) sowie die Partei „Die Rechte“ (1 Mal) werden genannt. Beispiele sind z.B. Besorgnis über eine aktive Rolle im Sportverein eines Funktionärs der NPD/JN oder die Kontakte des eigenen Kindes zu einer Kameradschaft. Auch wenn sich Kommunen melden, die immer wieder Veranstaltungsort für Rechtsrock-Konzerte sind, werten wir dies als Hinweis auf organisierte rechte Strukturen.



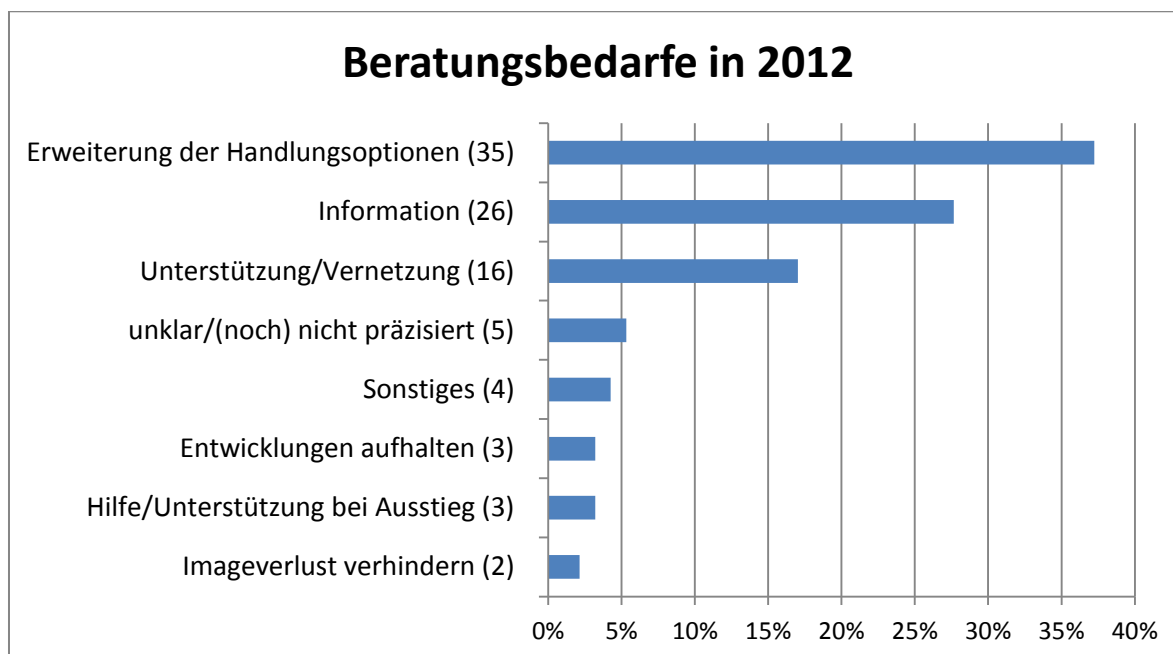
In 17% aller Fälle geben rechtsaffine Jugendliche oder Gruppen Anlass zur Anfrage. In diesen Fällen können zwar noch keine Kontakte zur organisierten rechten Szene festgestellt werden, allerdings ist dies auch nicht auszuschließen. Hier sehen sich z.B. Lehrer/-innen mit dem rassistischen Verhalten einzelner Schüler konfrontiert, oder Eltern fällt auf, dass der Sohn einschlägige Musik hört oder sie sind über das Verhältnis der Tochter zu einem Skinhead beunruhigt.

In 11,3 % sind Eltern über den Einstieg ihres Sohnes oder der Tochter in die rechte Szene oder eben deren Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen Anlass der Sorge.

In fast allen Fällen beschreiben die Betroffenen auch alle weiteren genannten Anlässe: rechtsextreme Propaganda oder fremdenfeindliche Sprüche, Veränderungen in der Kleidung der Schüler/-innen bis hin zu unterschiedlichen Formen der Gewalt.

Unter den Beratungsanlässen, die seltener genannt werden, wurde ein Grund besonders hervorgehoben: Die Sorge um jüngere Kinder, also Kinder im Kindergarten und Grundschulalter, wird 2012 einmal genannt. Insgesamt wurde das Netzwerk bislang in zwei solcher Fälle zu Rate gezogen: Diese Kinder fallen in der Grundschule oder in der Kita bspw. durch rassistische Beschimpfungen, das Malen von Hakenkreuzen oder die Selbstbezeichnung als „Nazi“ auf. Hier stellt sich die Frage nach der Kindeswohlgefährdung aufgrund der neonazistischen Einflussnahme durch das Elternhaus, ein Thema das schon länger in Ostdeutschland aber eben nicht nur dort Expert/-innen und Praktiker/-innen beschäftigt (vgl. Lang, Kati, 2012).

Abb. 5: Bedarfe der Beratungssuchenden an die Beratung in 2012 (Mehrfachnennungen möglich)



Das Angebot des beratungsNetzwerks hessen orientiert sich am konkreten **Beratungsbedarf** des jeweiligen Beratungsnehmers oder der jeweiligen Beraterin. Ziel ist es, Menschen nachhaltig zu befähigen, Probleme vor Ort selbstverantwortlich und selbstbestimmt bearbeiten zu können. Dazu formulieren die Berater/-innen unterschiedliche Bedarfe, am häufigsten



möchten sie ihre Handlungskompetenz erweitern und (wieder) souverän handlungsfähig sein (37,2 %).

Eine erste Sicherheit bedeutet für viele auch, die Situation besser einschätzen zu können (27,7 %). Sie fragen daher u.a. Wissen und Informationen ab, die Ihnen eine Orientierung in Bezug auf Rechtsextremismus ermöglichen soll: wie ist die Kameradschaft vor Ort einzuschätzen? Was bedeuten die Codes und Symbole auf der Kleidung der Schüler/-innen? Ist unser Kind durch den neuen Kontakt in irgendeiner Art und Weise gefährdet? Sehr häufig werden daher Informationsveranstaltungen angeboten, z.B. für pädagogische Fachkräfte, für Jugendleiter/-innen in Sportvereinen oder für Freiwillige in der Feuerwehr.

Im besten Fall können sich die Berater/-innen nach und nach aus der engen Begleitung zurückziehen: Die Ratsuchenden sind so gestärkt, dass sie selbständig den aktuellen und künftigen Situationen begegnen können. Hilfreich sind dabei Unterstützungsstrukturen. Erfreulicherweise äußern immerhin 17 % schon zu Beginn der Beratung den Wunsch nach Vernetzung. Dies kann bedeuten, dass Eltern Anschluss und Austausch mit anderen betroffenen Eltern suchen und eine Elterngruppe gründen, dass eine Bürgerinitiative eine spezielle Form der Starthilfe in der Gründungsphase benötigt oder engagierte Lehrer/-innen sich den Rückhalt für ihr Handeln durch Schulleitung und Fachschaft sichern wollen.

Dass die häufigsten zu Beginn genannten Bedarfe – Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, Information und Vernetzung – durch die Beratung erreicht werden, zeigt die Auswertung der Evaluationen durch die Berater/-innen.

Evaluation der Beratungsprozesse von 2007 bis 2012

Beratungsprozesse werden nach Ihrem Abschluss anonym sowohl von den Beratungsnehmer/-innen, als auch aus der Sicht der Berater/-innen in einem standardisierten Fragebogen bewertet. 2012 wurden alle seit 2007 vorliegenden Evaluationen (44) der Beratungsfälle ausgewertet. Dabei nennen die Beratungsnehmer/-innen die oben genannten Bedarfe zentral als die erreichten Ziele der Beratung und heben dabei hervor, dass dadurch eine Entlastung des Beratungssuchenden eingetreten ist. So zeichnet auch die gesamte Auswertung ein grundsätzlich sehr positives Bild über die bisher abgeschlossenen Beratungsprozesse:

- Besonders hervorgehoben wird von den Beratungsnehmer/-innen die gelungene Umsetzung des Beratungskonzepts bzw. die Qualität des konkreten Beratungssystems: Beratungsnehmer/-innen fühlen sich ernst genommen und können ihre Ideen einbringen; Berater/-innen werden als empathisch und fachlich kompetent erlebt.
- Der Anspruch, eine mobile Beratung anzubieten, die schnell und unbürokratisch arbeitet, ist grundsätzlich realisiert worden.
- Positiv werden konkrete Ergebnisse der Beratung hervorgehoben.
- Die wenigen kritischen Hinweise beziehen sich auf die Rahmenbedingungen des Angebots, z.B. darauf, durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit den Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerkes zu erhöhen.



Die Auswertung der Evaluationen dokumentiert in erster Linie, dass es sehr gut gelungen ist, das Konzept einer offenen moderierenden Beratung zu realisieren und das BeratungsNetzwerk hessen damit seinem im Leitbild formulierten Anspruch gerecht wird. Dies zeigt sich auch in der Auswertung des Selbstevaluationen (auf der Grundlage von 32 Fragebögen) der Beratungsprozesse durch die jeweiligen Berater/-innen:

- Aus Sicht der Berater/-innen gelingt es vor allem, den Beratungsnehmer/-innen neue Informationen und Kenntnisse zu vermitteln, sie konnten neue Handlungsmöglichkeiten erlernen, haben sich vernetzt und ausgetauscht und aufgrund dieser Veränderungen auch eine Entlastung erlebt. Damit werden vier zentrale Zielbereiche abgedeckt, wie sie im Selbstverständnis des BeratungsNetzwerk hessen formuliert sind.
- Ähnlich wie die Beratungsnehmer/-innen heben auch die Berater/-innen die Bedeutung des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses zwischen Berater/-innen und Beratungsnehmer/-innen für gelingende Beratung hervor und beschreiben, dass ihnen diese häufig gelungen ist.
- Als Erfolg kann auch der große Zuspruch zu öffentlichen Veranstaltungen bewertet werden, die Teil des Beratungsprozesses waren. Dies belegt, dass in diesen Fällen der Schritt hin zur Sensibilisierung größerer Teile der Bevölkerung vor Ort gelungen ist.

Die Berater/-innen äußern auch konkrete Entwicklungsziele:

- So wird der Wunsch nach einem weiteren Ausbau bzw. der Verbesserung der schon bestehenden Netzwerk-Strukturen zur gegenseitigen, zeitnahen und unkomplizierten Unterstützung der mobilen Interventionsteams genannt.
- Geäußert wird der Bedarf eines Konzeptes zur Überprüfung der Nachhaltigkeit.
- Gewünscht wird weiterhin die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Besonderheit der Beratung im Feld Rechtsextremismus, insbesondere hinsichtlich des Umgangs mit Beratungsanlässen ohne Beratungsnehmer/-innen sowie des Umgangs mit Verharmlosung der Vorfälle.

Insgesamt kann die Beratung also auch aus der Sicht der Berater/-innen als gelungen bezeichnet werden, deutlich wird aber auch, dass es weiterhin nötig ist, sich stets mit den Besonderheiten des Beratungs-Feldes „Rechtsextremismus“ zu beschäftigen und an der Optimierung der Netzwerk-Strukturen zu arbeiten. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Evaluation zeitnah nach Abschluss der Beratung erfolgt und daher vorrangig die Zufriedenheit mit dem Beratungsverlauf und den unmittelbaren Ergebnissen bewertet wird. Ob und wie tragfähig die im Beratungsprozess erarbeiteten neuen Handlungsstrategien tatsächlich sind, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfasst werden. Um künftig auch die nachhaltige Wirkung des Beratungsprozesses zu evaluieren, wurde ein Konzept zur Erhebung der mittelfristigen Bewertung durch die Beratungsnehmer/-innen entwickelt, das seit 2013 Bestandteil der Beratungspraxis ist.

Literatur

Lang, Kati: Kindeswohl im Spannungsfeld von (neo)nazistischen Familien und staatlicher Fürsorge. In: Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Elternberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus. Dresden, 2010